

Wilsdruffer Tageblatt

Verantwortlicher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Dresden 2640

Orient: Nach mit Übernahme der Eins- und Postlage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Einschaltung monatlich 5 Mk., nach unsere Mitglieder zufragen. In der Stadt monatlich 5,50 Mk., auf dem Lande 5,65 Mk., bezw. die Post bezogen monatlich 12,25 Mk. mit Zustellungszuschlag. Alle Postämter und Postboten sowie unsere Mitglieder und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen bei der Zeitung keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Insertionspreis 1,50 Mk. für die 6-spaltige Kopfzeile oder deren Raum, Neuanzeigen, die 2-spaltige Kopfzeile 5,50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-spaltige Kopfzeile 4,50 Mk. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis zum 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Bässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 259.

Sonnabend den 5. November 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Krüppel-, Mutter- und Tuberkulosenberatungsstelle.

Nächste Sprechstunde Sonnabend den 12. November 1921 nachmittags 5 Uhr im Sprechzimmer des Herrn Sanitätsrat Dr. Bartky. Wilsdruff, am 3. November 1921.

332

Der Stadtrat.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Deutsche Volkspartei fordert die Errichtung der großen Koalition in Preußen.
- * An der Berliner Börse erreichte der Dollar am Donnerstag den noch nie dagewesenen Stand von 215. Dann trat wieder eine leichte Abschwächung ein.
- * In Berlin droht ein Generalstreik auf Grund des Eingreifens der Gewerkschaftskommission in den Streik der Gas- und Wasserangehörigen.
- * Der ungarischen Nationalversammlung wurde ein Gesetzentwurf vorgelegt, der die Entthronung der Habsburger auspricht.
- * Präsident Harding will den Völkerverbund durch eine „freiwillige Gesellschaft der Nationen“ ersetzen und will der Washingtoner Konferenz regelmäßige Zusammenkünfte folgen lassen.

Ausverkauf!

Überall wohin man kommt in Deutschland, überall sieht man auf Ausländer, deren gute Laune nicht zu übersehen ist. Noch niemals haben sie sich in unserer Mitte so wohl gefühlt wie jetzt, wo der ungeheuerliche und täglich immer unglücklicher werdende Tiefstand der deutschen Mark ihnen hier ein Leben wie Gott in Frankreich ermöglicht. Aber sie denken nicht nur an den Augenblick, sie versorgen sich auch mit allen Notwendigkeiten des persönlichen und häuslichen Bedarfs, der heimischen Wirtschaft und des heimischen Geschäfts, soweit die Vorräte nur reichen, unbesorgt darum, wie und unter welchen Fracht- und Zollkosten sie diese so ergötterten Herrlichkeiten in Sicherheit bringen könnten. An den Grenzen des Reiches, im Westen, im Süden, ist diese unheimliche Bewegung schon seit Wochen und Monaten im Gange; nach und nach aber ist sie auch in alle tiefergelegene große Geschäfts- und Fabrikstädte vorgebrungen. Der so durch sie selbst mitbewirkten weiteren sprunghaften Steigerung aller Preise spotten diese valutastarken Käufer als einer Erscheinung, die ihnen gar nichts anhaben kann. Die Warenbesitzer aber leben ihrem Treiben mit einem heiteren, einem nassen Auge zu; denn können sie auch heute Preise erzielen, die ihre Papiergeldtaschen füllt bis zum Hals, so wissen sie doch nicht, was morgen geschehen soll, wenn die Warenvorräte zu Ende gegangen sind. Schließlich haben sie auch mit der zunehmenden Erregung der deutschen Verbraucher zu rechnen, die bei aller Einschränkung, die sie sich auferlegen, als Käufer doch ein Faktor von besonderer Bedeutung sind und bleiben, während die Fremden heute kommen und morgen gehen, ohne sich um das Schicksal der deutschen Gesamtwirtschaft auch nur im mindesten zu kümmern.

Man half sich insbesondere im Rheinland zunächst aus eigener Kraft, so gut es ging, indem man gewisse Beschränkungen im Verkauf und gewisse Zuschläge auf die Preise vorschrieb. Der Anfang nahm indessen trotzdem immer größeren Umfang an, so daß schließlich auch die zentralen Landes- und Reichsbehörden genötigt waren, einzugreifen. So sind jetzt Ausführerbeschränkungen für den Warenverkehr zwischen den Grenzbezirken, die erst Anfang April bewilligt wurden, wieder zurückgenommen worden; ferner hat der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen seine Ermächtigung an die Zollstellen, nach der eine größere Reihe von Waren allgemein zur Ausfuhr zugelassen war, für den Keinen Grenzverkehr gleichfalls außer Kraft gesetzt. Auch sollen Sammelausfuhrbewilligungen zugunsten bestimmter Ladengeschäfte in Grenzstädten, soweit nötig, zurückgenommen werden, und schließlich sind sogar für bestimmte Städte und Warengruppen Ausfuhrverbote ergangen. Darüber hinaus will das Reichsfinanzministerium durch sofortige Verstärkung der Grenzüberwachung der zunehmenden Warenverschleppung vorbeugen, und endlich ist jetzt sogar die Ausfuhr von Gegenständen des täglichen Bedarfs auch im Reiseverkehr, ganz allgemein, von einer Ausfuhrbewilligung abhängig gemacht worden. So glaubt man die inländische Bevölkerung vor einer sich immer weiter fortsetzenden Ausbeutung des Tiefstandes der deutschen Mark durch reisende Ausländer wirksamer als bisher schützen zu können. All diese Maßnahmen sind gewiß ganz dankenswert, aber sie kommen in der Hauptsache wohl doch zu spät. Man braucht sich nur in großen Warenhäusern etwas umzusehen, um zu erkennen, wie sehr hier die Bestände schon durch den Ausverkauf der letzten Wochen gelichtet worden sind. Und ob die Preise zurückgehen oder auch nur nicht weiter steigen werden, wenn die ausländischen Käufer zu größerer Vorsicht gezwungen werden, ist auch noch sehr die Frage, solange der Dollar und der Sterlina

wetter Tag für Tag in die Höhe klettern und die Mark dementsprechend immer hoffnungsloser fällt. Dieser Prozeß muß auch die inländischen Käufer über ihren Bedarf hinaus zu Warenkäufen reizen, und niemand vermag zu sagen, wie bei diesem Stande der Dinge die unheilvolle Entwicklung, in der wir dahintreiben, gestoppt werden könnte.

Eigenartig berührt uns unter diesen Umständen eine Meldung aus London, der zufolge dort über eine große Einfuhr von deutschen Kartoffeln geklagt wird. Sie sollen ausnehmend aus Holland kommen, in Wahrheit aber aus Deutschland stammen und den Umweg nur machen, um den Extracinzins von 33 1/2 Prozent zu sparen. Eine Behauptung, die selbstverständlich von deutscher Seite dringender Aufklärung bedarf, schon deshalb, weil sie allen amtlichen deutschen Erklärungen über die Verhinderung von Kartoffelverläufen ins Ausland schmerzhaft widerspricht. Es wäre aber gewiß nicht das erste Mal, wenn deutsche Lebensmittel, die im Inlande dringend gebraucht werden, auf unstatthafte Weise, um höheren Gewinnes willen, über die Grenzen verschoben werden. Man wird begreifen, daß darin ganz gewiß kein hinreichender Entgelt für den übermäßigen Einkauf deutscher Waren durch Ausländer innerhalb unserer eigenen Grenzen erblickt werden kann.

Kartoffeln und Urnehmfahrten in Mitteldeutschland.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Harsing, erklärt einen Aufruf, in dem er auf die mangelhafte Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln und die das Maß übersteigende Preisbildung hinweist. Vorklärungen nach dem besetzten Gebiet und dem Ausland, sowie abschließendes Zurückhalten mit dem Hinblick auf weitere Preissteigerungen seien dabei nicht zu vernachlässigen. Mit allen Mitteln müsse dahin gestrebt werden, daß möglichst schnell und in genügender Menge Kartoffeln der vertrauenswürdigen Bevölkerung zugeführt werden, wenn ernste Urnen- und Gewaltmaßnahmen schmerzlicher Art seitens der Verzehrenden vermieden werden sollten. Sichere Nachrichten über drohende Urnenlagen vor. Der Oberpräsident richtet das dringende Ersuchen um vorbeugende Maßnahmen an die Landwirtschaftskammern. Im Zusammenhang mit diesem Aufruf werden Meldungen über zunehmende Unzuträglichkeiten, Hausdurchsuchungen, Waffenbeschlagnahmen und Verhaftungen von Kommunisten im mitteldeutschen Gebiet, so besonders in Eisenberg, Halle und Umgebung.

Absichtsvolle Schauerwägen.

Der neue deutsche U-Bootskrieg!

In einigen französischen und belgischen Zeitungen fällt neuerdings die Wiederholung von Nachrichten auf, nach denen man angeblich ganz genau erfahren haben will, daß in Deutschland ganz im geheimen neue Kriegsbatterien betrieben werden. Vor allem habe Deutschland in den neutralen Ländern zahlreiche U-Boote in Auftrag gegeben und hoffe, in drei Jahren so weit zu sein, daß es innerhalb 14 Tagen 51 U-Boote im Baltischen Meer, 12 in der Nordsee, 20 in Ostbaltar und etwa 20 in den südamerikanischen Gewässern in Betrieb nehmen könne.

Ferner weiß man zu erzählen, daß auch für den Krieg in der Luft große Vorbereitungen getroffen würden, und damit der Krieg zu Lande nicht zu kurz kommt, wird speziell von Dichtungen behauptet, daß dieses ganze Land nur noch eine einzige Kaserne sei. Alle Junker seien Offiziere, alle Bauern Soldaten, alle Angestellten Gendarme. Oberpräsident Siehr sei nur eine Puppe in den Händen der Junker. Der Pariser „Le Temps“ nennt sogar den ehemaligen Straßburger Bürgermeister Schwan der als Triebfeder der nationalistischen Propaganda.

Je mehr solche Schauerwägen mit Einzelangaben ausgestattet werden, um so mehr erwecken sie natürlich den Anschein der Wahrheit. In Wirklichkeit handelt es sich selbstredend um phantastische Erfindungen, die aber einen wohlbedachten doppelten Zweck haben. Einerseits braucht sowohl die französische wie die belgische Regierung diese Schreckgeschäfte als Abwehrmittel gegen die für die Abrüstung eintretenden Sozialisten im eigenen Lande, andererseits wollen die beiden militärischen Regierungen mit diesem „Material“ auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz, die ihnen im Grunde viel Unbehagen verursacht, Minen legen. Deutschland ist wieder einmal gerade gut genug dazu, um aus seiner Haut Kriemen zu schneiden.

Zahlungsfrist für Deutschland verlangt.

Amerikanisches Moratorium für die europäischen Staaten. In den Vereinigten Staaten von Amerika mehren sich die Stimmen, welche die von jedem vernünftigen Polit-

ter längst erkannte Gefahr eines vollständigen Zusammenbruchs der Weltwirtschaft nicht mehr verschleiern. Sie geben offen zu, daß der drohende Ruin Deutschlands eine Katastrophe von unbeschreiblicher internationaler Tragweite nach sich ziehen könnte. Der zweite Vizepräsident der amerikanischen Firma Marshall Field u. Co., Simpson in Chicago, erklärte dem Vertreter der europäischen Ausgabe des „Newport Herald“, die einzige Möglichkeit für Europa, die amerikanischen Rohmaterialien zu bezahlen, sei die Bezahlung durch Ware. Nach Simpsons Ansicht ist es weit weniger notwendig, daß die fremden Nationen ihre Schulden an Amerika bezahlen, als daß in Amerika für jedermann in Industrie und Landwirtschaft Arbeit geschaffen werde. Durch die verschleppte Liquidation des Kongresses seit dem Waffenstillstand sei Amerika nach und nach aller Vorteile verlustig gegangen, die es früher aus seiner Ausfuhr gezogen habe. Simpson verlangt vom Kongress den schleunigen Erlaß eines Moratoriums von 10 bis 15 Jahren für alle Schulden europäischer Nationen in Amerika und fordert ferner, daß die Gläubigerstaaten, denen dieses Moratorium gewährt werde, dafür andererseits den finanziellen Druck auf Deutschland für einen gleichen Zeitraum unterlassen sollen. Wenn diese Gesetze und die finanziellen Wiederherstellungsbestimmungen herabgesetzt und den Zahlungsmöglichkeiten angepaßt würden, wenn dazu ein mächtiges Schutzsystem der Vereinigten Staaten komme, so wäre damit schon viel geschehen, um die Voraussetzungen eines besseren Währungsverhältnisses wieder herzustellen. Simpson hofft, daß der Kongress Schritte in dieser Richtung unternehmen werde. Falls jedoch etwas Derartiges nicht zustande komme, so sei der finanzielle Zusammenbruch Deutschlands voranzusehen, durch den die Regierung in die Hände von Unverantwortlichen fallen würde, eine Möglichkeit, durch die Frankreich erster bedroht werden würde, als es durch deutsche Heere bedroht werden könnte.

Keine Rettung ohne Zusammenwirken.

In einer Versammlung des „Roten Kreuzes“ in Newport, die sich mit der begonnenen Drei-Billionen-Dollar-Sammlung für die Rotkrieger in Deutschland und Österreich befaßte, wurde ein an den Vorsitzenden Charles Nagel, früheren Handelsminister der Vereinigten Staaten, gerichteter Brief des Präsidenten Harding verlesen, in dem er die Bemühungen zur Wiederherstellung wechselseitigen Wohlwollens zwischen Amerika und Deutschland und Österreich herzlich begrüßt. Herr Nagel sagte dann, Lloyd Georges Worte: „Großbritannien kann nicht geteilt werden, ohne daß alle zusammen wirken“, müsse er erweitern dahin: „Die Welt kann nicht geteilt werden, ohne daß alle Völker zusammenwirken.“ Clement Diddle, eben von Deutschland zurückgekehrt, erklärte sein Bedauern, daß Deutschland auf der Washingtoner Konferenz nicht vertreten sei, und drückte seine Befürchtung aus über die Zukunft Deutschlands und der Welt, falls nicht die Schadenerfahrungen verpflichten Deutschlands sofortermäßigt würden.

Werden Mörder ausgeliefert?

Zur Verhaftung der spanischen Attentäter. Durch die Ergreifung der Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato, die der Berliner Polizei geglikt ist, wird wieder die Frage der Auslieferung von Verbrechern an einen anderen Staat aufgerollt. Für die Behandlung solcher Fälle sind die noch zum Teil aus der Vorkriegszeit stammenden Verträge zwischen den einzelnen Staaten maßgebend. So existiert z. B. ein Vertrag vom Jahre 1878 zwischen Deutschland und Spanien, wonach bestimmte Arten von Verbrechern, in erster Linie Mörder, gegenseitig auszuliefern sind. Eingekläut wird diese Bestimmung dadurch, daß wegen „politischer“ Verbrechen nicht ausgeliefert wird. Diese Einschränkung erleidet aber wieder eine Ausnahme dadurch, daß Angriffe gegen ein „Staatsoberhaupt“ zur Auslieferung verpflichten.

Im vorliegenden Falle handelt es sich um die Frage, ob Ministerpräsident Dato als Staatsoberhaupt anzusehen ist, da man darunter eigentlich nur Monarchen oder Staatspräsidenten versteht. Diese Frage wird vom preussischen Justizministerium zu prüfen sein. Auch ist zu untersuchen, ob der Mord an Dato ein rein „politisches“ Verbrechen war. Bisher hat die spanische Regierung überhaupt noch keinen Auslieferungsantrag gestellt. Sollte das binnen zwei Monaten nicht geschehen, so würde man nach der üblichen Praxis die Verhafteten

wieder freilassen und sie aus Deutschland vertreiben, nicht aber über die Grenze desjenigen Landes, wo sie ihre Verbrechen begangen haben. Der Diplomatie fällt in dieser ganzen Frage nur eine vermittelnde Rolle zu, die Entscheidung liegt ausschließlich bei den Justizbehörden.

Um die „große Koalition“ in Preußen

(Von unserem ständigen Mitarbeiter.)

Berlin, 3. November.

Die Fraktionsberatungen im Preussischen Landtage, die der Neuwahl des Ministerpräsidenten vorausgehen müssen, um erst eine tragfähige Grundlage für die neue Regierung zu sichern, haben mit einem raschen energischen Aufschwung begonnen, von dem man sich immerhin einiges Gute versprechen könnte — wenn nicht allzu viele andere Schwierigkeiten noch im Wege stünden. Die Deutsche Volkspartei hat einen klaren Beschluß gefaßt, worin sie rund heraus die große Koalition fordert. Dieser steht dem aber die Auffassung der Sozialdemokraten scharf entgegen. Diese haben dem Landtagspräsidenten Leinert erklärt, daß für sie mit Rücksicht auf den Verlauf der Krise im Reich eine Koalition mit der Volkspartei zurzeit nicht in Frage kommt. Dagegen ist die Sozialdemokratie zu einem Bündnis mit Zentrum und Demokraten bereit, dem sich die Volkspartei später anschließen könne. Dieser Gegensatz wird schwer zu befeitigen sein. Die Demokraten sind anscheinend für jede der beiden Lösungen zu haben, aber das Zentrum schließt sich nur dem Standpunkt der Volkspartei an und lehnt die „keine“ Koalition im Gegensatz zu den Sozialdemokraten ab. Inwiefern die Hoffnungen der Sozialdemokratie und der Demokraten begründet sind, daß das Zentrum schließlich doch in die kleine Koalition einwilligen wird, bleibt abzuwarten. Vielfach befürchtet man daher eine langwierige Krise in Preußen, besonders da das Zentrum offiziell erklärt hat, wenn jetzt nicht ein großes dauerhaftes Kabinett zustande komme, könnte vielleicht der Augenblick kommen, wo das Zentrum absteigt und „die Lösung der Krise ihren Urhebern überläßt“.

Der bisherige Ministerpräsident Stegerwald äußerte über die Ursachen der gegenwärtigen preussischen Krise, daß diese letzten Endes auf die Vorgänge im Reich zurückzuführen sei. In Zukunft werde Preußen bei der Gestaltung seiner parlamentarischen Verhältnisse nach eigenen Rechten arbeiten müssen, ohne auf Vorgänge im Reich Rücksicht nehmen zu können. In anderen Ländern arbeiten die Gegner der Demokratie und des Parlamentarismus an deren Unterdrückung; in Deutschland nun dies die demokratisch orientierten Parteien selbst. Er wüßte vor allem von den Demokraten eine gerechtere Beurteilung seiner Politik.

Im Landtage scheint viel Stimmung für die Wiederwahl Stegerwalds zu bestehen, die auch von den Demokraten und von der deutschnationalen Volkspartei gewünscht wird, doch ist der Augenblick für die Entscheidung von Personenfragen natürlich noch nicht gekommen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Keine Kreditverhandlungen in London.

Die Meldung, daß der Reichsbankpräsident Dr. Havenstein bei seiner vielbesprochenen Reise nach London keinerlei Verhandlungen über ein englisch-amerikanisch-deutsches Kreditabkommen geführt habe, wird jetzt durch eine Bekanntgabe von halbamtlicher Seite in folgender Form bestätigt: Der Besuch des Reichsbankpräsidenten Dr. Havenstein in London bezweckte ausschließlich die Erörterung banktechnischer, den Geschäftsverkehr der Reichsbank mit der Bank von England betreffenden Fragen. Mit Anleihe- oder Kreditverhandlungen stand er überhaupt nicht im Zusammenhang. Insbesondere hat der Reichsbankpräsident auch mit dem Hause Rothschild keinerlei derartige Verhandlungen eingeleitet oder geführt.

Der dritte Schuß.

Kriminalroman, einer wirklichen Begebenheit nach erzählt von H. A. von Borna.

„Doch, es ist noch eine Gittertür da, durch die hat mich der Förster erst vor ein paar Stunden hinausgelassen.“

„Also sehen wir mal dort zu!“

Aber auch dort war die Tür verschlossen.

„Na, dann hilft es eben nichts, kommen Sie Schindler, wir müssen eben zu gelegener Zeit wiederkommen!“

Schwarz und schweigend brütete die Nacht über Schloß und Park Dobra, kaum, daß hin und wieder ein laises Raunen und Raschen durch die vielhundertjährigen Bäume ging, wenn ein leichter Windhauch ihre noch immer dicht belaubten Kronen bewegte. Dann aber wurde die Stille von schnellen festen Schritten unterbrochen, die sich auf der Straße dem Parktor näherten. Es war Kriminalkommissar Stork, der kurz nach Mitternacht das Schloß betrat und sich von einem der Diener das Zimmer zeigen ließ, welches Sartorius inne hatte.

„Also diese Tür, nicht wahr?“

„Jawohl!“

„Danke! Sie können gehen; ich brauche Sie nicht mehr.“

Dann klopfte Stork kurz an und trat ein.

„Gott sei Dank, daß Sie endlich da sind, Herr Kommissar!“ rief Sartorius aufspringend, „es war die reinste Folter für mich, die Sache wird immer verwickelter — einfach schrecklich! — Aber nun legen Sie erst mal ab und machen Sie sich's bequem. Donnerwetter ja, wie sehen denn Ihre Stiefel aus? — Na, hoffentlich bringen Sie Licht in die Geschichte!“

„Ich denke schon, Herr Staatsanwalt.“ Damit schritt Stork zu dem Kleiderständer, hängte Hut und Mantel auf und verschloß dann sorgsam die kleine Katerne in der Handtasche.

„Aber nun sagen Sie mal, kann ich Ihnen nicht irgendeine Erfrischung anbieten? Sie werden schön ausgehungert sein, und ich habe schon einen kleinen Imbiß bereitstellen lassen.“

„Danke vielmals, sehr liebenswürdig, aber ich habe schon in der Heidemühle zu Abend gegessen — immerhin, 'ne Zigarre würde ich nicht ausschlagen, es plaudert sich besser, wenn man dabei raucht.“

Sartorius ging nach dem Schreibtisch: „Hier, mein ganzer Vorrat, drei Stück, davon sind zwei für Sie. — nein, bitte, keine Wiberrede, Liebster, Sie leben.“ — er blieb mit der flachen

Erhung unserer in Frankreich beerdigten Gefallenen.

Zum Gedächtnis der in französischer Erde ruhenden deutschen Krieger legte der deutsche Vorkämpfer Dr. Mayer auf dem Pariser Friedhof in Ivry, wo ungefähr hundert deutsche Krieger beerdigt sind, in Gegenwart der Mitglieder der Vorkämpfer und der übrigen deutschen Stellen in Paris einen Kranz nieder. Er hielt hierbei eine Ansprache, in welcher er darauf hinwies, daß die Feier allen in Frankreich ruhenden deutschen Kriegern gelte, deren ganz Deutschland in tiefer Trauer, aber auch in unfagbarer Dankbarkeit und Bewunderung gedenke. Frau Vorkämpfer Dr. Mayer widmete einen Kranz für die deutschen Mütter und Frauen. Sämtliche Gräber waren mit frischen Blumen geschmückt.

Ein angeblicher Brief der Mörder Erzbergers.

Einiges Aufsehen erregte in Berlin die Veröffentlichung eines aus Gmünd datierten Briefes, der die Unterschriften der mutmaßlichen Mörder Erzbergers trägt, Tieszen und Schulz, und von einem radikal-rechtsgerichteten Abendblatt veröffentlicht wird. In dem Brief heißt es u. a. wörtlich: „Wir waren nicht die Täter, wir waren lediglich Werkzeuge. Unsere Aufgabe bestand darin, unter vollem Einsatz der Person die Spur auf uns zu lenken und dabei so geschickt zu arbeiten, daß den Tätern reichlich Zeit zur Flucht blieb. Auch jebiel Aufklärung wollen wir noch geben, daß die Anweisungen zur Tat und an uns aus rheinischen Zentrumskreisen gekommen sind; ebenso die recht erheblichen Geldmittel, die die Organisation der Tat erfordert haben.“ Allgemein wird, namentlich insolge der mehr wie ungläublichen Bezugnahme auf „rheinische Zentrumskreise“, angenommen, daß es sich um eine grobe Täuschung oder um einen ebenso dummen Unfug handelt. Immerhin soll der Brief an die zuständigen Behörden zur Untersuchung gefandt worden sein.

Ungarn.

Die Entthronung der Habsburger. Eine interparteiliche Konferenz in Budapest hat einen Entwurf der Vorlage zur Regelung der Königsfrage einstimmig angenommen. In dem Gesetzentwurf heißt es: Die Herrscherrechte König Karls werden aufgehoben. Die Pragmatische Sanktion, die die Thronfolgerechte des österreichischen Hauses regelt, hat ihre Wirksamkeit verloren, und hiermit ist das Recht der freien Königswahl wieder an die Nation jurisdigefallen. Die Nation hält die Staatsform des Königturns unverändert aufrecht, verschiebt jedoch die Belegung des Königstuhls auf spätere Zeiten und weist das Ministerium an, zu geeigneter Zeit entsprechende Vorschläge zu machen.

Rußland.

Die Übernahme der Vorkriegsschulden. Die englische Antwort auf die letzte Note Tschischewins ist Krassin übergeben worden. Lord Curzon beglückwünscht die russische Regierung zu ihrem Beschluß, die früheren Schulden anzuerkennen. Jedoch ersucht die britische Note noch um Klärung zahlreicher Punkte. Die Sowjetnoie nehme zum Beispiel Bezug auf die zaristischen Schulden, an denen Frankreich außerordentlich interessiert sei, erwähne jedoch nicht die tiefsten Forderungen aus sächsischen Anteilen, an denen das englische Kapital in sehr hohem Maße beteiligt sei.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Wegen der geplante Vernichtung der „Deutschen Werke“ durch die Alliierten legten Hunderte von Angestellten der Hauptleitung der Werke in einer Versammlung im Herrenbau ein druckvolles Protest ein.

Brannschwweig. Eine dem Landtag zugegangene Regierungsvorlage fordert die Aufhebung des Dufpuges als gesetzlichen Feiertag. An dessen Stelle soll der 9. November als Feiertag treten.

Gen. Eine Prager Militärabteilung, welche die Verdummierungen in Gaer durchführten sollte, geriet in Streit mit der Bevölkerung, weil sie die übernommenen Pferde nicht bar, sondern mit Anweisungen auf die Steuerbehörden bezahlte. Das Militär wurde von den zornigen Bauern angegriffen und feuerte. Man spricht von 40 Toten und 80 Verwundeten. Die Prager Regierung unterdrückt alle Mitteilungen über diesen blutigen Vorgang.

Madrid. In einem Leitartikel kritisiert das Blatt „ABC“ die Forderung der Entente, frühere Waffen- und Munitions-

fabriken München und Spandau zu zerstören, und bemerkt dabei, an der deutschen Leistungsfähigkeit, die immer wieder bedroht werde, hätten auch Neutrale ein Interesse.

Madrid. In Barakko fanden unbekanntende Gespräche statt. Die Presse bringt beunruhigende Nachrichten über die Haltung der Kabinets in der Umgegend von Barakko. Der Kriegsminister nannte Journalisten gegenüber die Kämpfe der vorhergehenden Tage sehr schwer.

Deutscher Reichstag.

(139. Sitzung.)

CA. Berlin, 3. November.

Die heutige Sitzung zeigte schwach besetzte Bänke. Der größere Teil der Abgeordneten wollte in der Wandelhalle oder in den Fraktionszimmern, um dort die allgemeine Lage zu besprechen. Die an der Spitze der Tagesordnung stehende Interpellation des Abg. Stresemann (D. Vp.) über die Vorgänge in der Pfalz soll, wie der Minister des Auswärtigen Dr. Klotz erklärte, in der Geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden. Dasselbe soll mit der Interpellation Datz (Komm.) geschehen, die sich auf das Verbot des Landens russischer Schiffe im Stettiner Freihafen bezieht. In der Mitte nächster Woche soll die Interpellation Müller-Franken (Soz.) über die Preissteigerung behandelt werden. Damit soll ein Antrag Wagens (U. Soz.), betreffend die Erhöhung der täglichen Rationierung und ein Gesetzentwurf über die Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln, die von den Unabhängigen eingebracht ist, verbunden werden.

Die Grenze für Lohnbeschlagnahme.

Vom Abg. Müller-Franken (Soz.) ist ein Gesetzentwurf eingegangen, der die Abänderung der Verordnung über die Lohnbeschlagnahme bezweckt.

Abg. Kaiser (Soz.) begründete die Vorlage. Danach soll die Grenze für die Lohnbeschlagnahme überall wesentlich erhöht werden.

Rechtsjustizminister Dr. Klabusch erwiderte, daß er den Ausführungen des Vorredners zustimme. Dem Ministerium liege bereits ein entsprechender Gesetzentwurf vor, der eine beträchtliche Währungsgränze vorschlägt.

Nach einigen weiteren Erörterungen ging die Vorlage an den Rechtsausschuß.

Besserung des Börsenverkehrs.

Der Steuerausschuß des Reichstages hat sich heute mit der Frage der Börsenreform beschäftigt und einstimmig einen Antrag angenommen, wonach die Reichsregierung ermächtigt wird, den Steuerlag bis auf eins vom Hundert zu erhöhen und die Steuer auf alle Anschaffungsgehalte auszubehnen, die auf ausländische Währung lautende Zahlungsmittel zum Gegenstande haben.

Diesen Anträgen seines Steuerausschusses trat das Haus in zweiter und dritter Lesung ohne weitere Aussprache einstimmig bei.

Es folgte ein Antrag Gothein (Dem.) wegen beschleunigter Veranlagung und Erhebung der Reichseinkommensteuer. Staatssekretär Schröder erklärte, die Veranlagung sei Sache der Länder und Gemeinden, und das Reich könne nur auf Beschleunigung dringen.

Generalfreigefahr für Berlin.

Ein Ultimatum der Gewerkschaften von drei Tagen.

Berlin, 3. November.

Der nun seit Wochen andauernde Streik der Gastwirtschaften hat dem öffentlichen Leben der Stadt Berlin wie den beiden direkt Beteiligten, den Angestellten und den Gastwirten, starke und schwerlich wieder gutzumachende Einbußen gebracht. Eine Beilegung der Zwistigkeiten mit allen ihren unerfreulichen Begleiterscheinungen war bisher nicht zu erreichen. Nachdem in den letzten Tagen schon als Hilfe für die freitenden Gastwirtschaften ein Belieferungsstreik, also Einstellung der Lieferung für die betroffenen Betriebe durch die Transportarbeiter, proklamiert worden war, haben nunmehr die Gewerkschaften eingegriffen und eine Art Ultimatum gestellt, in dem sie den Generalfreitag für ganz Berlin androhen, falls nicht in drei Tagen der Streit zwischen den Gastwirten und ihren Angestellten beigelegt sei.

Bei dem Konflikt handelt es sich im großen und ganzen um die Trinkgeldfrage. Die Gastwirte wollen ein sog. Bedienungsgeld von 10 Prozent auf alle Waren legen und etwa berechnen. Dieser Erlös soll den Angestellten zusteigen, das Trinkgeld damit abgeschafft sein. Die Angestellten hingegen verlangen feste Entlohnung ohne prozentuales Bedienungsgeld, und erklären ebenfalls, diese Maßregel werde dem Trinkgeld den Todesstoß geben. Leider muß festgestellt werden, daß die projektualen Vorschläge zur Neuerung, wie sie schon einmal eingeführt wurden, das Trinkgeld nicht beseitigt haben, sondern nachher unermert in dem direkten Preis verflochten sind. Ebensowenig haben die Kaufmannen der Kan-

hand durch den Dunst. — „Ich habe mich bereits schadlos gehalten. — So, bitte, hier ist Feuer! — Und nun erzählen Sie mal, Sie schrieben mir ja vorhin, daß Sie die trübsichen Stellen selbst noch unversüßlich in Augenschein nehmen wollten. Waren Sie denn tatsächlich dort?“

„Gewiß! Aber ich muß gleich von vornherein bemerken, daß für die Täterschaft außer Herrn Leutnant Ramminger noch eine andere Person in Frage kommt.“

„Nanu! Wer in aller Welt sollte denn das sein?“

Stork machte eine kleine Pause und blies bebaglich ein paar Rauchringe in die Luft, dann sagte er ganz gleichgültig: „Hörster Jansen.“

„Wa-as? — Jansen?! Aber wie so denn?“

„Die Wendt hat zu ihm zweifellos in irgend einer näheren Beziehung gestanden!“

„Das vermuten Sie?“

„Das weiß ich!“

„Na, erlauben Sie mal!“

„Beispielsweise konnte sie einen Stein, so 'ne Art Wegweiser, den sogenannten „Beerstein“, der noch bis gestern vom Gestripp überwuchert und so gut wie unauffindbar war. Seit heute — richtiger seit gestern,“ verbesserte sich Stork lächelnd mit einem Blick auf die Uhr, die 12½ Uhr zeigte, — ist der Stein sorgfältig freigelegt worden, so daß er sofort auffallen mußte.“

„Ja, aber was hat denn das mit Jansen zu tun?“

„Einen Augenblick Geduld, Herr Staatsanwalt! — Von diesem Stein führt nämlich ein streng verbotener, nur von Jansen betretener Wirtschaftsweg direkt nach der Försterei.“

„Und diesen Weg ist die Dame gegangen?“

„Ja.“

Statt jeder Antwort zog Stork seine Brieftasche hervor und entnahm ihr den abgerissenen Teil des Spitzenbesatzes. „Wenn, wie ich annehme, dieses Spitzenfragment von der Kleidung der Toten stammt, dann ist für mich jeder Zweifel beseitigt!“

Sartorius hatte das feine Gewebetüchlein auf die innere Handfläche gelegt, näherte es der Lampe und betrachtete es aufmerksam. „Ich glaube mich allerdings zu entsinnen, diese Spitze mit der durchbrochenen griechischen Kante an den Belants der Wendt bemerkt zu haben — ein eigenartiges Muster — na, das wird sich ja morgen früh feststellen lassen.“

Stork nahm die Spitze wieder an sich, glättete sie sorgfältig und legte sie dann in das Taschennach.

„Und was nun noch?“ brängte der Staatsanwalt.

„Außerdem waren wir noch am Täter!“

„Wit? — Hatten Sie denn einen Begleiter?“

„Natürlich! Den Jagdgehilfen. Sie kennen ihn ja auch; allein hätte ich mich doch kaum zurecht gefunden!“

„So, so, Schindler, der hat die ganze Geschichte miterlebt; und haben Sie da etwas Neues entdeckt?“

„Wie man's nimmt; wir hörten das Klagen eines Rehs und gleich darauf tauchte ein Hund auf, der nach Aussage des Jagdgehilfen dem Förster gehört. Außerdem hörten wir noch einen zweiten Hund Hals geben, der gleichfalls Jansen gehören soll. — Nun versicherte mir aber Schindler, daß die Hunde sonst niemals wildern und stets im Zwinger gehalten werden, abgesehen davon, daß Jansen noch ganz besonders darauf aufmerksam gemacht worden war, die Tiere gut unterzubringen! — Das ist denn doch 'ne komische Sache, können Sie mir hierfür eine annehmbare Erklärung geben?“

„Eigenartig ist das freilich, aber noch lange kein Beweis, kaum ein Verdachtsgrund!“

Stork ließ sich durch diesen Einwurf nicht beirren: „Und dann stellte Schindler fest, daß der Hund ein Reh — vielleicht den fränkisch-schwarzen Hoo, gewürgt hatte, die Schnauze des Hundes war voller Haare und Blut!“

„Schweiß hatte er am Gang!“ verbesserte Sartorius unwillkürlich.

Der Kommissar lächelte: „Ich selbst bin nicht Jäger.“

„Ach so, ja richtig!“ Sartorius war aufgesprungen und ging erregt hin und her, „das ist freilich sehr — merkwürdig. Jansen hatte doch den strikten Befehl, die Hunde einzusperrten! — Haben Sie sonst noch Schritte unternommen?“

„Ich versuchte mich zu vergewissern, ob Jansen auch wirklich zu Hause sei.“

„Aber, ich bitte Sie, hat Ihnen denn Schindler nicht gesagt, daß der Mann sich schon am Nachmittag den Fuß verstaucht hatte? Er konnte ja kaum gehen.“

„Ihr Wort in Ehren, Herr Staatsanwalt! — Aber wer bürgt uns dafür, daß das nicht Komödie war? Ein verstauchter Fuß läßt sich un schwer veräufeln, und ein Arzt war ja wohl nicht zur Stelle?“

„Allerdings; dabei fällt mir ein, daß mein Freund dem Förster anbot, den Arzt telephonisch zu benachrichtigen. Jansen lehnte das aber ab.“

„Ah! Das ist interessant! Und nun Herr Staatsanwalt, möchte ich Ihnen, wenn Sie gestatten, meine Vermutungen und Feststellungen einmal im Zusammenhang vortragen.“

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 4. November.

Öffentliche Stadtverordnetenversammlung

Donnerstag, den 3. November, abends 7 Uhr.

Enschuldigend fehlen die Herren Stadtw. Einemus und Zahn; am Ratsstische waren anwesend die Herren Bürgermeister Dr. Kronfeld, Stadträte Wehner, Vogner, Frühauf und Schöke.

Unter Eingängen gab Herr Vorsitzender Dienrich bekannt eine Einladung der Kreis-Feuerwehr zur Stiftungsfeier, ein Dankschreiben Freitalts und die Abrechnung über den städtischen Obstverkauf, die erfreulicherweise ein Mehr ergab. Anstelle des zum stellv. Wahlvorstand berufenen Herrn Stadtrats Schöke wurde Herr Stadt. Wellmann in den Wahlausschuss für die Stadtverordnetenwahlen gewählt. Ein Gesuch der Koninkens- und Gellagelchützervereine um Überlassung der Turnhalle für Ausstellungszwecke vom 30. Dezember 1921 bis 2. Januar 1922 wurde gegen die Stimme des Herrn Jähne genehmigt, doch wurde zur Bedingung gestellt, daß genügend Vorlauf gestreut wird. Einstimmig billigte man die Nachbewilligung von Revisionsgehühren an Revisor Seemann, die Errichtung einer neuen Lehrerinnenstelle an der Mädchenfortbildungsschule, die Gewährung der pensionsfähigen Zulage an den Sprachlehrer und die Anschaffung verschiedener Feuerlöschgeräte, zweier Tische für die Schreibmaschinen, eines Regals und einer Stoppuhr für die Polizei. Der Schulausschuss hatte die Entschädigung einer Jahresüberstunde an der Fortbildungsschule auf 500 M. erhöht. Der Rat hatte in Rücksicht auf eine Ministerialverordnung die Entschädigung auf 400 M. festgelegt. Gegen die Stimme des Vorsitzenden wurde dem beigetreten. Auf Anregung der Amtshauptmannschaft Reichen wird die Anschaffung von Automobilspitzen für den Bezirk erwogen. Ein Beschluß des Feuerlöschausschusses, mit der Amtshauptmannschaft weiter zu verhandeln und die ev. Stationierung einer solchen Spritze für den Bezirk Wilsdruff in hiesiger Stadt zu beantragen, wurde wie vom Rat auch von den Stadtverordneten genehmigt. Die Übernahme der Kosten für 2 eingebaute Fenster im Rathause seitens der Krankenkasse beschloß die Mehrheit des Kollegiums, das in letzter Sitzung beschlossen hatte, den vollen Betrag (ca. 1950 M.) zu übernehmen. Nachdem der Rat sich nochmals mit der Sache beschäftigt hatte und auf seinem Standpunkt stehen geblieben war, trat man mit 6 gegen 6 Stimmen diesem bei. Kenntnis nahm man weiter vom Beschluß des Rates, keine besondere Bezirkswirtschaftsstelle zu gründen, sondern die Arbeiten einem von den Herren Bürgermeister Dr. Kronfeld als unparteiischem Vorsitzenden, Stadtrat Wehner als stellv. unpart. Vorsitzenden, Stadträte Bombach und Schöke als Vertreter der Arbeitnehmer, Stadträte Vogner und Frühauf als Vertreter der Arbeitgeber gebildeten Ausschuss zu überweisen. Ein vom Rate abgelehnter Antrag Bombach, für die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen aus statistischen Gründen für Frauen und Männer Briefumschläge in zwei verschiedenen Farben anzuschaffen, wurde durch Herrn Schumann wieder aufgenommen, verteil aber gegen die 6 Stimmen der Linken ebenfalls der Ablehnung.

Wetennistrene. Wenn ein Mann heutigestags in die Kirche geht, oder wenn er sich für religiöse Bestrebungen einsetzt, dann muß er sich oft alterhand Spott gefallen lassen. Und ebenso ist es auch in politischer Hinsicht. Zwar wurde uns das Recht freier Meinungsäußerung durch die Verfassung gewährleistet, aber die Duldsamkeit, die dazu gehören müßte, kann nicht durch Gesetze erzogen werden. Wahrheit duldsam können nur starke, selbstbewußtere Personen sein, im ruhigen Bekennen des eigenen Standpunktes, unter gleichzeitiger Anerkennung jeder ernsthaften fremden Meinung. Wer die Meinung anderer nicht übertragen kann, ist eben politisch untauglich. Zwar heißt es, daß das offene Wort und eine freimütige Äußerung überall gute Aufnahme finden, aber wir können täglich erfahren, daß es nicht so ist, daß vielmehr noch immer politische und religiöse Gegensätze mit der Faust zur Entscheidung gebracht werden. Wo bleibt da die Gewissensfreiheit? Wir können von unseren gereiften Mitmenschen verlangen, daß sie sich ehrlich und unvoreingenommen zu einer religiösen, politischen und lebensphilosophischen Formel bekennen, wir können ihnen aber solche Formeln nicht vorschreiben. Eine ehrliche Überzeugung verdient unter allen Umständen Achtung und Schutz. P-1.

Kurzer Landtagsbericht. Die Donnerstagssitzung galt in der Hauptsache der Erörterung von Wohnungs- und Ernährungsfragen. Nach Erlebigung einiger kurzer Anfragen wurde über einen Antrag der Kommunisten betreffend Mieterschutz beraten. Der kommunistische Antrag forderte Mieterschutzrecht der Mieter bei der Festsetzung der Mieten. Während sich die Rechner der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei ganz entschieden gegen diese Absicht des kommunistischen Antrages wandten, bezeichnete der demokratische Rechner eine Sozialisierung von Grund und Boden als zurzeit unmöglich. Die Anträge wurden dem Rechtsausschuss überwiesen. Das gleiche geschah mit einem kommunistischen Antrag, der die Kartoffelversorgung unter die Kontrolle der Betriebsräte stellen wollte. Außerdem lagen je eine Anfrage von der Deutschnationalen und von der Deutschen Volkspartei zur Kartoffelversorgung vor. Während die Rechner der Deutschnationalen die Landwirte gegen ungerechte Beschuldigungen in Schutz nahmen, waren es die Rechner der Linken, die den Landwirten die alleinige Schuld an den Schwierigkeiten der Kartoffelnot zuschoben. Wirtschaftsminister Hellisch stellte seinerseits fest, daß die ganze Zwangslage daraus entstehen mußte, daß die sächsische Landwirtschaft nur drei Zehntel des Kartoffelbedarfes der sächsischen Bevölkerung aufbringen konnte. Der Rechner betonte auch, daß selbstverständlich die von auswärts nach Sachsen eingeführten Kartoffeln teurer sein würden als die von den sächsischen Erzeugern zum Höchstpreise abgegebenen.

Aus dem Landtage. Die feinerzeit vom Landtagspräsidenten ernannten Berichterstatter über den Antrag Vorbel u. Gen. betr. die Festlegung des 1. Mai und 9. November als gesetzliche Feiertage, die Abg. Bethke (Soj.) und Siwert (Komm.) haben erneut folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, den 1. Mai und 9. November zu gesetzlichen Feiertagen zu erklären.

9. November und Industrie. Der Verband Sächsischer Industrieller richtete sowohl an die sächsische Regierung als an den sächsischen Landtag eine Eingabe, in der dringend darum ersucht, in diesem Jahre keine Anordnungen oder Maßnahmen zu treffen, die darauf hinzielen, den 9. November direkt oder indirekt als Feiertag anzuerkennen.

Auf das Wohltaatskonzert, das morgen abend der R.-G.-B. „Sängertrupp“ im Saale des „Löwen“ zum Besten der Schulmilchpflege und der vertriebenen Oberschleifer veranstaltet, sei auch hierdurch nochmals hingewiesen. Die vorzüglichen Darbietungen in Verbindung mit dem guten Zweck derselben müßten alle unsere Einwohner zum Besuch veranlassen.

Erwerbslosenunterstützung in hiesiger Stadt. In den Monaten September und Oktober d. J. sind an insgesamt 126 Personen laufende Erwerbslosen- und Kurzarbeiterunterstützungen im Betrage von 10 835,15 M. und außerdem 450 M.

○ Künstler als Faltschmüger. In München wurden als Faltschmüger ein ehemaliger Opernsänger, ein Schauspieler und ein Konzertdirektor aus Landsbut verhaftet. Sie hatten sich mit der Herstellung von grünen Fälschungsbanknoten (Ausgabe vom 24. Juni 1919) befaßt und bereits gefälschte Noten für hunderttausend Mark hergestellt. Von dem falschen Gelde konnten nur noch 46 000 Mark beschlagnahmt werden.

○ Tod eines berühmten Gelehrten. Im Alter von 78 Jahren starb in Genf der Rechtsgelehrte Professor Andreas Heuzler, der über 50 Jahre lang an der Basler Universität deutsches Privatrecht und Zivilprozessrecht gelehrt hat. Zahlreiche Werke machten seinen Namen weit über die Grenzen der Schweiz berühmt. Einige Zeit vor dem Tode erhielt er die höchste Auszeichnung, die Deutschland im Namen der Wissenschaft verliehen konnte.

○ Sturmshäden in Schweden und Dänemark. Der Sturm, der in den letzten Tagen in Skandinavien herrschte, hat wiederum zahlreiche Verkehrsstörungen zur Folge gehabt. Der Fährverkehr zwischen Helsingborg und Helsingör mußte eingestellt werden, während die Verbindung Warnemünde-Wedder nur mit starker Verspätung durchgeführt werden konnte. Mehrere Schiffe sind gestrandet. In Stockholm wurde ein großes Gerüst an der neu erbauten Högskolans-Kirche durch den Sturm umgeworfen. Die auf dem Gerüst befindlichen Arbeiter wurden durch die Fensteröffnungen in die Kirche geschleudert und kamen wie durch ein Wunder unverletzt davon. Viele Kopenhagener Billen, die in der Nähe des Sundes liegen, stehen unter Wasser, ebenso sind mehrere Straßenzüge vollkommen überschwemmt.

Neueste Meldungen.

Der deutsche Botschafter in Washington. Berlin. Wie verlautet, ist als deutscher Botschafter für Washington nach wie vor an erster Stelle der letzte Ernährungsminister Hermes vorgezogen. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen. Legationsrat Freiherr von Thiermann ist dazu bestimmt, in Washington die deutsche Botschaft einzurichten und vorläufig dort den Posten eines Geschäftsträgers zu versehen.

Wahlsatzschwierigkeiten. Berlin. Der Einrichtung der deutschen Botschaft in Washington stellen sich erhebliche Schwierigkeiten in den Weg. Die deutsche Regierung würde dem Washingtoner Botschaftsbureau als Gehalt für die geringste Schreibmaschinistin eine halbe Million Mark, für den geringsten Sekretär zwei Millionen Mark jährlich überweisen müssen.

Keine deutschen Kriegsschiffe an Jugoslawien. Berlin. Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß von Deutschland an Jugoslawien abzuliefernde Kriegsschiffe nach Cattaro abgegangen seien. Von zuständiger Berliner Stelle wird darauf aufmerksam gemacht, daß keine deutschen Kriegsschiffe an Jugoslawien abgeliefert werden.

Erlebigung der Steuern vor Weihnachten. Berlin. Der Reichstag wird jetzt voraussichtlich etwa eine Woche beisammen bleiben und die erste Lesung der neuen Steuergesetze durchführen. Dann werden diese an die Steuerkommissionen verwiesen, die ihrerseits etwa drei Wochen zur Beratung brauchen werden. Abdann kehren die Gesetzeswürfe in das Plenum des Reichstages zu den weiteren Beratungen zurück, und man hofft, die gesamten Steuerfragen noch vor Weihnachten endgültig zu erledigen.

Für eine halbe Million Radium geflohen. München. In einem Anwesen in Schwabing bei München wurde von zwei noch unermittelten Männern Radium im Werte von über 500 000 Mark geflohen. Man vermutet, daß sich die Täter nach Berlin oder nach Frankfurt a. M. gewandt haben.

Die neugliedrige Entenkommission. München. Eine Entenkommission, darunter Offiziere in Uniform, hat auf dem Münchener Amtsgericht Einsicht in die Vereinsregister genommen.

Weitere Drohbriefe an Auer. München. Der Abgeordnete Auer hat abermals eine Anzahl Drohbriefe erhalten. In einem Briefe heißt es, Auer werde Weihnachten nicht mehr feiern.

Wieder mit Deutschland vereint. Aachen. Nachdem bei der endgültigen Grenzfestlegung der Gemeinde Losheim von Belgien an Deutschland zurückgefallen ist, ist am 1. November die deutsch-belgische Grenze des Kreises Eupen weiter dahin abgeändert worden, daß der südwestlich des Kanals von Roubine an der Bahnlinie Aachen-Monken und Aachen-Ergental liegende Streifen des Kreises Eupen, sowie ein kleines Gebiet nördlich von Aachen an Deutschland zurückgefallen sind.

Verminderung der Passschwierigkeiten. Bern. Die Schweizer Vertretungen in Belgien, England, Holland, Spanien, Schweden, Norwegen und Dänemark sind beauftragt, diesen Staaten den Abschluß von Abkommen über gegenseitiges Falllassen des Visums vom 1. Dezember ab vorzuschlagen.

Letzte Drahtberichte des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Die Austreise des Dampfers „Seydlitz“ nach Südamerika. Bremen, 4. Nov. (tu.) Der Dampfer „Seydlitz“ des Norddeutschen Lloyd trat gestern von Bremen aus mit vollbesetzten Kabinen und etwa 400 Passagieren 3. Klasse seine erste Reise nach Südamerika an und eröffnete damit den neuen Passagierdienst Bremen — Spanien — Brasilien — Argentinien.

Die Abfahrt rief begeisterte Kundgebungen unter den Passagieren und der großen Zuschauermenge an Land aus. Mitglieder des Ausschusses und des Vorstandes des Norddeutschen Lloyd wohnten der Abfahrt bei. Generaldirektor Stimming betonte in seiner Ansprache, das Schiff weise in den seiner Größe entsprechenden Räumen alles auf, was dem Norddeutschen Lloyd ureigen sei. Es handle sich jetzt darum, der Welt zu zeigen, daß der deutsche Geist noch nicht schlafe. Man muß bemüht sein selbst die Haltung des deutschen Volkes vor Augen zu führen. Unter den Klängen des Deutschlandliedes verließ der Dampfer den Hafen. Er wird zunächst nordspanische Häfen anlaufen, um weitere Passagiere aufzunehmen, die das Schiff vollständig füllen werden.

Die gescheiterten Abneurepublikanspläne Dortmunds. Köln, 4. Nov. (tu.) Die Rheinische Zeitung schreibt: Dieser Tage fand in der Kölner Leীগemeinde eine Versammlung der Kölner Rheinlandsbündler statt, zu der Dr. Dorten persönlich aus Wiesbaden gekommen war. Dr. Dorten gab zu, daß seine Pläne gescheitert seien. Seine Ausführungen waren von einem starken Pessimismus getragen.

Spanische Erfolge gegen die Kabilen. Madrid, 4. Nov. (tu.) Der amtliche Bericht meldet aus Madrid, daß die spanischen Truppen nach schweren Kämpfen Faraba besetzt haben. Die Kabilen sollen die Gegend von Tetuan geräumt haben.

Neuheit, die Reiner sein ein so ehrlicher Erwerbsstand wie jeder andere und wölkten nicht von Almosen leben, aus ihren eigenen Händen den alten Aeltesten verdienen können, Trinkgeld würde Reiz wieder genommen. Das Publikum war zu leicht immer der leidende Teil, obwohl es auch nicht ohne Schuld war, denn zu der einzia richtigen Maßregel, jedes Trinkgeld zu verbieten, können sich viele Leute aus mißverstandenen Großmännlichkeit oder sonstigen Gründen nicht aufschwingen.

Wie man die Sache aber auch ansieht, ein Generalkreis in dieser Sache müßte mit keinem Versagen der öffentlichen Licht-, Gas- und Wasserwerkung, mit der Einkaufung des Verkehrs geradezu verberend wirken. Die Gewerkschaftskommission ist bei dem Reichsarbeitsministerium und dem Ratstrat vorstellig geworden damit diese Stellen ihren ganzen Einfluß aufbieten einen Schiedsspruch herbeizuführen. Hoffentlich hat vernünftige Einsicht noch im letzten Augenblick bei allen Beteiligten.

Das Volksfest der Deutschen.

Deutsche Kampfspiele im kommenden Sommer. Der Deutsche Reichsausschuss für Leibesübungen veranstaltet vom 18. Juni bis 2. Juli 1922 die ersten deutschen Kampfspiele in Berlin. Diese Spiele, die man alle vier Jahre wiederholen will, sollen das Volksfest der Deutschen werden. Es soll nicht etwa nur ein Sports- und Turnfest in großem Ausmaß sein, sondern ein Kulturfest, in dessen Mittelpunkt die Kampfspiele der Jugend stehen, die aber umrahmt werden von deutscher Kunst in allen ihren Formen.

Um diesen Gedanken in die Gesamtheit des deutschen Volkes zu tragen, ohne Unterschied der Stände und der Partei, hatte der Reichsausschuss in Berlin die Vertreter der Presse zu einer Versammlung eingeladen. Der Vorsitzende des Reichsausschusses, Staatssekretär im Reichsministerium des Innern, Ewald, erklärte, daß der Gedanke, die deutschen Kampfspiele ins Leben zu rufen, schon während des Krieges entstanden und trotz des unglücklichen Ausganges des Krieges lebendiger denn je geblieben sei und nun in die Tat umgesetzt werden solle. Die weitestgehende Unterstützung der Reichsregierung und der Regierungen der Länder sei dem Reichsausschuss sicher. Aber auch die Presse müsse helfen; sie müsse zeigen, daß es sich nicht um minderwertige Körperkultur handelt, sondern um die Verbindung von Körper- und Geisteskultur und um die Heranziehung eines neuen Gefühls mit innerer Freiheit, körperlicher Tüchtigkeit und nationaler Gesinnung.

Dann sprach der preussische Minister des Innern Dominicus. Der Minister betonte, daß die preussische Regierung und die Regierungen der deutschen Länder diesem Unternehmen das größte Interesse entgegenbringen. Er wies darauf hin, welchen ungeheuren Aufschwung die Turn- und Sportverbände nach dem Kriege genommen haben. Die Deutsche Turnerschaft allein zählt über anderthalb Millionen Mitglieder und überschreitet damit ihren Bestand vor dem Kriege um 30 Prozent. Es gelte, alle die Männer und Frauen zusammenzufassen, deren Lebensaufgabe und Ideal die Erziehung der Jugend bildet.

Welt- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, 100 holländische, belgische und französische Francs, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling bezahlt wurden. („Brief“ = angeboten; „Geld“ = gefischt.)

Währungspläne	3. 11.		2. 11.		Stand 1. S. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Dolland ..	6993,00	7007,00	6543,45	6558,55	170 Wz.
Dänemark ..	8796,20	8803,80	8348,45	8358,55	112 ..
Schweden ..	4895,30	4704,70	4355,80	4364,40	112 ..
Norwegen ..	2862,10	2887,90	2627,35	2632,15	112 ..
Schweiz ..	3796,80	3803,80	3676,40	3683,60	72 ..
Amerika ..	204,79	205,21	191,25	191,95	4,40 ..
England ..	804,15	805,85	759,70	752,30	29,20 ..
Frankreich ..	1513,45	1518,55	1413,65	1416,45	80 ..
Belgien ..	1473,50	1478,50	1373,60	1376,40	80 ..
Italien ..	839,15	840,35	779,70	775,90	80 ..
D.-Österreich	7,68	7,87	7,98	8,02	85 ..
Ungarn ..	23,47	23,68	22,92	22,98	85 ..
Tschechien	200,75	201,25	180,80	181,20	..

* Gleichzeitiger Versand für Zeitungsbundpapier. Die Notlage des Zeitungsgewerbes drohte sich zusehends noch zu verschärfen durch die Verschärfung des Transportes für Zeitungsbundpapier infolge des Wagenmangels auf der Eisenbahn. Der Reichsverkehrsminister hat nun angeordnet, daß Wagen für Zeitungsbundpapier in den nächsten zwei Wochen mit Vorrang vor allen andern Gütern zu stellen sind. Die Eisenbahnverwaltungen sind besonders angewiesen, dafür zu sorgen, daß die Wagen nicht nur zur Beladung gestellt, sondern auch pünktlich bis zum Empfangsort durchgeführt werden müssen.

* Erhöhung der Zigarettenpreise. Wie der Reichsverband Deutscher Zigarettenhersteller, C. V. in Berlin, mitteilt, hat die Entwertung der Mark ganz besonders auch die deutsche Zigarettenindustrie heimgesucht. Um die Rohmaterialien immer wieder ergänzen zu können, sowie infolge der Steuererhöhung und der gestiegenen Löhne habe sich die Zigarettenindustrie gezwungen gesehen, ihre Preise mit sofortiger Wirkung zu erhöhen.

Nah und Fern.

○ Keineses Notgeld. Die Stadt Bielsfeld hat, da die im Umlauf befindlichen Papiergeldscheine, besonders die kleineren, im Verkehr sehr abgegriffen werden, Versuche mit einer bemerkenswerten Neuheit gemacht: Sie bringt Scheine in den Verkehr, die auf Bielsfelder Leinwand gedruckt wurden. Wer diese solcher Scheine sammelt, kann also leicht zu Wünsche kommen, wenn sie auch nicht ganz zweifelsohne sein dürfte.

○ Millionenschaden durch Brandstiftung. Auf der Mutterfarm bei Koburg, die dem früheren Herzog von Koburg gehört, haben unbekannt Täter die mit ungefähr 10 000 Zentnern Getreide gefüllten Scheunen, obwohl sie von drei Sipolenten bewacht waren, in Brand gesetzt. Die gesamten Getreidevorräte sind vernichtet. Der Schaden beträgt weit über 2 Millionen Mark.

○ Goldstücke als Butterbrotsbelag. Bei der politischen Fokkredition in Königs wurden dieser Tage einem Händler Brillanten und 20 000 Mark in Gold beschlagnahmt. Die beschlagnahmten Sachen haben einen Wert von etwa 18 Millionen Mark. Der Händler hatte Goldstücke und Gold auf eigenartige Weise versteckt. Die Butterbrote, die er in übermächtig großer Zahl bei sich hatte, waren mit Goldstücken belegt und dann mit Butter bestrichen. Bei weiteren Nachforschungen entdeckte man eine große Anzahl Eier, die mit Goldstücken gefüllt waren. Schließlich hat man bei dem Händler, nachdem man ihn in einen besonderen Raum gebracht hatte, noch Brillanten und Goldstücke an einer sehr anrüchigen Stelle entdeckt.

Beschaffungsbeihilfe und 332,20 M. besondere Unterstüßungen, also insgesamt 11 617,35 M. ausgezahlt worden. Die Zahl der unterstützten Personen setzt sich zusammen aus 49 Erwerbslosen und 77 Familienmitgliedern (Ehefrauen und Kinder) und die Zahl der Kurzarbeiter betrug 15.

— **Berkeimarkt Wilsdruff** Freitag, den 4. November. Auftrieb 36 Stück, Verkaufspreis 120—200 M.

— Die Ziehung der Geldlotterie für die Künstlerbeihilfe findet vom 14. bis 21. November in Dresden unter Aufsicht des Polizeipräsidenten im Löwenbräu, Eingang Landhausstraße, statt. Der Höchstgewinn dieser Lotterie beträgt im günstigsten Falle 100 000 M. Lose zu 5 M. sind noch bei allen Staatslotterieleistungen und allen durch Valate kenntlichen Geschäften sowie beim Hauptvertrieb Invalidenten für Sachsen in Dresden zu haben.

— **Rossen.** Der Kirchenvorstand beschloß die Beschaffung eines Bronzengeläutes in eis-bur zum Preise von etwa 90 000 M. von der Glockengießerei Viehöl u. Co., die die noch vorhandene alte große Glocke (seit 1722 in Gebrauch) mit in Zahlung nimmt.

— **Rüßing.** Im Garten des Korbmachermeysters Dientner, hier, trägt ein Apfelbaum in diesem Jahre zum zweiten Male Früchte.

— **Zwickau.** In der Stadtverordnetenversammlung wurde am Mittwoch der sozialdemokratische Antrag auf Trennung der Urnen für weibliche und männliche Wähler bei den Stadtverordnetenwahlen angenommen. — Ein sozialdemokratischer Antrag auf Arbeitsruhe am 9. November für die städtischen Beamten wurde abgelehnt.

— **Lauterbach i. B.** Der ältere Stiefbruder des 13jährigen Schulmädchens Margarete Meister hantierte mit einem Taschentuch; dieses entlud sich, die Kugel drang dem Kinde ins rechte Auge und blieb im Hinterkopfe stecken, von wo sie noch nicht entfernt werden konnte.

— **Delsnik i. B.** Die Brandstiftungen in den ländlichen Ortschaften an der sächsisch-bairischen Grenze mehren sich, ohne daß es gelänge, des jeweiligen Urhebers habhaft zu werden. In der Nacht zum 1. November wurde in Sachsdorf, im feuergefährlichsten Teile des Dorfes die mit Ernte- und Futtermitteln gefüllte Scheune des Maurers und Landwirts Heber ein Raub der Flammen.

Schöffengericht Wilsdruff. — Sitzung am 3. November 1921. Verhandlungsleiter: Herr Amtsgerichtsrat Dr. Schaller. Schöffen: Die Herren Privatmann Raast und Volkshoffner Stiebler.

Der Arbeiter H. aus S. hatte im Gasthose zu Sora vor einigen Tagen 44 Stück Zigarren gestohlen, war wenige Stunden darauf hier festgenommen worden und wurde für seine Tat mit 5 Tagen Gefängnis bestraft. — Der Knecht St. in L. war beschuldigt, einen silbernen Herrering seinem Kollegen gestohlen zu haben. Da sich aber ein Diebstahl nicht nachweisen ließ, so konnte nur Fundunterschlagung in Frage kommen. In Anbetracht, daß der Ring seinem Besitzer wieder zugestellt werden konnte, ließ das Gericht Milde walten und erkannte auf 20 M. Geldstrafe. — Der 13jährige Knabe J. in M. hatte aus einer unverschlossenen Stube des Brauereigebäudes in Klipphausen einem Scholar des dortigen Rittergutes in 2 Fällen aus einer Brieftasche zusammen 46 M. gestohlen und den Betrag größtenteils vernascht. Da der Angeklagte ein reuiges Geständnis ablegte und eine Strafbareitsentsicht im gerichtlichen Sinne nicht angenommen werden konnte, so kam das Gericht aus juristischen Gründen zu einem freisprechenden Urteil. — Der Gutsbesitzer B. in St. ist beschuldigt, im Mai d. J. die an seiner Schwermühle angelegten Siegel verlegt und ohne die behördlich vorgeschriebene Anwesenheit des Gemeindevorstandes gemahlen zu haben. Nur wegen des letztgenannten Punktes konnte ein Strafverfahren eingeleitet werden, da ein Vergehen gegen eine Verordnung des Wirtschaftsministeriums vorlag. Das Gericht fällt ein Urteil auf 300 M. Geldstrafe und Erstattung der Kosten des Verfahrens. — Eine weitere Verhandlung fand im Gemeindevorstand Grumbach statt, da eine vorausgehende Ortsbesichtigung notwendig erschien. Der Gutsbesitzer P. und dessen Sohn in Gr. hatten einen Strafbefehl von je 150 M. erhalten, weil sie bissige Hunde in ihrem Hofe und im Orte herumlaufen ließen, die verschiedene Einwohner, sogar wiederholt, gebissen haben. Der dagegen eingelegte Einspruch blieb erfolglos, weil sie die nötigen Vorsichtsmaßnahmen zur Verhütung derartiger körperlichen Schädigungen unterlassen hatten.

— **Handbuch des guten Tones und der feinen Sitten** von R. v. Franken, 42. verbesserte Auflage (bisherige Auflage 220 000), 304 Seiten. Preis vornehm geb. 13,20 M. (einschl. aller Zuschläge). Max Hesses Verlag, Berlin W 15. — **Guter**

Ton und einwandfreies Benehmen sind gerade in unserer Zeit erstrebenswerter denn je. Von all den zahlreichen Büchern der gleichen Art ist uns keines bekannt, das so viele Vorzüge in sich vereinigt wie gerade dieses. Es ist geschmackvoll gebunden und ist äußerst billig. Nichts von blutleeren, steifen Höflichkeit, überall geht Verfeinerung der äußeren Formen mit innerer Veredelung, stets Höflichkeit mit Herzlichkeit Hand in Hand. Selbst der Erwachsene, der gesellschaftlich Feingebildete wird vieles aus dem Buche lernen. Kein Alter, kein Stand, keine Lebenslage ist unberücksichtigt gelassen. Bedenfalls möchten wir das Buch als besseres Geschenk zu jeder Gelegenheit, besonders zu Weihnachten wärmstens empfehlen. M.

Kirchennachrichten — 23. Sonntag u. Trin.
Predigtort: Rath, 9, 18—26.

Wilsdruff.
Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. — Vorm. 10,30 Uhr Kindergottesdienst.

Grumbach.
Vorm. 9 Uhr Predigt (Pf. em. Donath).
Mittwoch, den 9. November, Frauenverein im Gasthof.

Kesselsdorf.
Vorm. 8,30 Uhr Beichte (Pf. Heber). — Vorm. 9 Uhr Predigt (P. Zacharias). — Nachm. 2 Uhr Taufen.
Montag, den 7. Nov., Kirchweihfest. Vorm. 9 Uhr, Festgottesdienst (Pf. Heber).

Röhrsdorf.
Vorm. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst. — Nachm. 1,30 Uhr Unterredung mit der konf. Jugend.
Montag, Kirchweihfest, vorm. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst.

Sora.
Vorm. 8,30 Uhr Hauptgottesdienst.
Montag, den 7. November, vorm. 9 Uhr, Kirchweihfestgottesdienst. (Sammlung für den luth. Gotteskasten.)

Limbach.
Vorm. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst.
Montag, vorm. 8,30 Uhr, Kirchweihfestgottesdienst. (Kollekte für Mission.)

Blankenstein.
Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Heute Nacht nahm Gott unser herziges
Erntchen
im Alter von 9 Wochen ganz unerwartet
wieder zu sich.
Dies zeigen Schmerzgerfält an
Martin Schönhals u. Frau.
Sora, am 4. November 1921.

Die Beerbigung unseres teuren Entschlafenen, des
Herrn Paul Fuchs
findet Sonnabend den 5. November **bereits nachmittags 1 Uhr** auf dem Annenfriedhof zu Dresden, Chemnitzer Straße, statt. Zugedachte Blumenspenden bitten wir bis Sonnabend vorm. 9 Uhr in der „Quelle“ abgeben zu wollen. **Die Hinterbliebenen.**

Herzlichen Dank allen,
welche uns an unserem Silberhochzeitstage durch Gratulationen und schöne Geschenke erfreuten, sowie dem Gesangverein Sängerkranz für den schönen Morgengesang.
Wilsdruff, 3. November 1921.
Päckstrasse, **Otto Thomas u. Frau.**

Allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten, die zu unserer Hochzeit uns durch Geschenke, Blumen- und Kartengrüße erfreuten, hierdurch auch im Namen unserer Eltern
innigen Dank.
Dank dem Gesangverein „Anakreon“ für den herrlichen Gesang in der Kirche.
Fritz Fohl u. Frau Frieda geb. Süßmann.

Hüte, Mützen, Filzwaren und Handschuhe
in gediegener Auswahl und mäßigen Preisen.
Umarbeiten alter Hüte nach neuester Form.
Curt Springsklee, Markt.

Ofenfertiges Brennholz
aus trockenen gesunden Kiefernrollen erzeugt sowie **Rollen- und Scheitholz** liefert noch billiger als Platz oder frei Haus
C. A. Boller, Brennholz-Spalterei, Parkstraße 134.
Fernruf 406.

M.-G.-B. „Sängerkranz“
Sonnabend den 5. November 1921 abends 8 Uhr
im „**Goldenen Löwen**“
Wohltätigkeits-Konzert
zum Besten der Schulmilkpflege und der vertriebenen Oberschlesier.
Eintritt 3 Mark.

Hierauf Tanz.
Mit der herzlichsten Bitte um Unterstützung der guten Sache ladet ein
Der Vorstand.
J. A. W. Zienert.

Gasthof Klipphausen.
Sonntag den 6. und Montag den 7. November
zur **Kirmesfeier**

Gr. Ballfeste.
Anfang 1/2 4 Uhr. Anfang 1/2 4 Uhr.
Montag ab 2 Uhr

Damen-Kaffee.
ff. Speisen und Getränke, Kirmeskuchen in bekannter Güte.
Hierzu laden wir alle lieben Freunde, Gäste und Gönner herzlich ein
Otto Schöne und Frau.

Forsthaus.
Sonntag den 6. November
Serien-Skat-Cournee
mit Zahlenreizen.
Anfang 2 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
Franz Mittel.

Karpfen
empfiehlt
Otto Bretschneider,
„Stadt Dresden“.

1 Mädchen
als Aufwartung für den ganzen Tag gesucht.
W. Zienert,
Dresdner Straße 237 B.
Streithofen v. 95—185 M.
Joppen f. Knaben, Darschen und Männer, 125—285 M.
verkauft
Barth, Freiburger Str. 5.

J ä p e l
empfiehlt
prima Weisskraut, Rotkraut, rote Möhren, Runkeln.

Hausmädchen
welches milken kann, und **Magd** für Neujahr gesucht.
Sora Nr. 15.

Zeitungsausträger
wird von der Geschäftsstelle dieses Blattes sofort **gesucht.**

Gasthof Sora.
Sonntag den 6. November zum Kirchweihfest
starkbesetzte Ballmusik
von der Stadtkapelle,
wobei mit selbstgebackenem Kuchen, Speisen und Getränken bestens aufwarten und freundlichst einladen
Max Hanbold und Frau.

Gasthof Birkenhain.
Sonntag den 6. November zum Kirchweihfest
Feiner Ball
Hierzu ladet freundlichst ein **Familie Kirchner.**

Erbgerichtsgasthof Herzogswalde.
Sonntag den 6. November zur Kirmesfeier
Feiner Ball.
Anfang 4 Uhr.
Montag den 7. November

Gr. Kirmeskonzert
von der Stadtkapelle Wilsdruff.
Anfang 1/2 8 Uhr. Eintritt 2,50 Mark.
Nach dem Konzert: **Feiner Ball.**
Hierzu laden ergebenst ein
Emil Römisch Martha verw. Täubrich.

Gewaschen mit
Dixin

Henkel's Seifenpulver
Hersteller: **Henkel & Co. Düsseldorf**

Familien-Drucksachen
liefert in neuzeitlicher Ausführung
Buchdruckerei Arthur Zschunke, Wilsdruff.